

Hüter der Erinnerung kämpft weiter

Antrag zur Verlegung von Stolpersteinen im öffentlichen Raum – Offener Brief an OB

VON ANNA HEISE

Rosenheim – Schon seit Jahren wird in Rosenheim darüber diskutiert, wie man der Opfer des NS-Terrors gedenken soll. Stolpersteine, wie sie in vielen Kommunen verlegt wurden, fanden bisher im Stadtrat keine Mehrheit. Nun gibt es quer durch die Fraktionen eine neue Initiative.

Gespräche mit Politikern gesucht

Wenn man Dr. Thomas Nowotny beschreiben müsste, dann wäre hartnäckig sicherlich ein Wort, das das ein oder andere Mal fallen würde. Schon seit Jahren kämpft der Kinder- und Jugendarzt von der Initiative „Erinnerungskultur – Stolpersteine für Rosenheim“, für die Verlegung der kleinen Gedenktafeln auf öffentlichem Grund. In den vergangenen Monaten hat er die Rosenheimer Fraktionen besucht und das Gespräch mit den einzelnen Stadträten gesucht. Mit Erfolg. Denn nur wenige Wochen später haben 16 Kommunalpolitiker aus sechs Parteien einen gemeinsamen Antrag an Oberbürgermeister März gestellt und gefordert, dass Stolpersteine im öffentlichen Raum verlegt werden können.

Bisher befinden sich die Erinnerungstafeln in Rosenheim lediglich auf privatem Grund. Wie berichtet, haben die Mitglieder der Initiative „Erinnerungskultur – Stolpersteine für Rosenheim – und der Berliner Künstler

Gunter Demnig im Juli 2021 sieben Stolpersteine auf privatem Grund verlegt. Weitere sollen folgen – aber eben nicht mehr nur auf Privatflächen. Das macht auch der Antrag deutlich. So soll am 7. März beispielsweise vor der Städtischen Realschule für Mädchen ein Stolperstein für die ehemalige Mitschülerin Elisabeth Block verlegt werden. Dafür haben sich auch alle Gremien der Schule ausgesprochen, teilen die Politiker mit. Fünf weitere Stolpersteine sollen am Ludwigsplatz 9 an die Familie Kohn erinnern. „In beiden Fällen ist eine Verlegung auf Privatgrund nicht möglich beziehungsweise nicht zweckmäßig“, heißt es in dem Antrag.

Diese Auffassung teilt auch Thomas Nowotny. Zwar freut er sich über den Antrag, trotzdem bleibt er skeptisch. Denn sowohl CSU als auch AfD hätten sich, so sagt er, gegen das Vorhaben ausgesprochen. „Es kommt jetzt darauf an, eine Mehrheit zu finden“, sagt Nowotny. Und genau dabei soll ein offener Brief helfen, den er vor einigen Tagen an Oberbürgermeister März geschickt hat. Auf zwei Seiten hat er zahlreiche Argumente zusammengefasst, die für eine Verlegung auf öffentlichem Grund sprechen und einen Blick in die Vergangenheit geworfen. So habe die Rosenheimer CSU bereits vor fünf Jahren mitgeteilt, dass sie das Projekt Stolpersteine ablehne. Der CSU geht es um die Form des Gedenkens. Denn Stolpersteine werden zwangs-



Vor dem Haus am Ludwigsplatz 9 soll am 7. März fünf Stolpersteine für die Familie Kohn verlegt werden, die hier ein Herrenbekleidungsgeschäft betrieben.

FOTO SCHLECKER

läufig mit Füßen getreten, verdreckt oder von Tieren besudelt. Aus diesem Grund lehnt beispielsweise auch Charlotte Knobloch, Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde, Stolpersteine ab.

Von diesen Aussagen beirren lassen will sich Thomas Nowotny nicht. In seinem Brief weist er darauf hin, dass in den vergangenen fünf Jahren einiges geschehen sei. So gebe es weltweit mittlerweile über 90 000

Stolpersteine. „Es gibt eine breite Akzeptanz von Stolpersteinen in der Zivilgesellschaft und Politik“, so Nowotny. In seinem Brief zitiert er unter anderem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der sich im Au-

gust 2021 bei allen jenen bedankte, die die Stolperstein-Initiative gegründet und gefördert haben. Denn sie helfe dabei, dass auch die jüngere Generation über die eigene Geschichte stolpere und darüber nachdenke, was an Unrecht geschehen sei und wie man mithelfen könne, dass solches nie wieder geschieht.

Einen schlechten Dienst erweisen

„Gerade in Rosenheim ist es heute bitter nötig, rechts-extremen Umtrieben entgegenzutreten“, schreibt Nowotny. Eine lebendige Erinnerungskultur könne viel dazu beitragen. Zwar sei er prinzipiell nicht gegen Gedenktafeln oder Stelen, in diesem speziellen Fall aber würden sich die Familien Block und Kohn einen Stolperstein wünschen. „Die CSU würde sich selbst und der Stadt Rosenheim einen schlechten Dienst erweisen, würde sie diesen Wunsch der Angehörigen ablehnen, der von allen anderen demokratischen Parteien im Stadtrat unterstützt wird“, so Nowotny weiter.

Ob die CSU der Aufforderung nachkommt, wird sich in einem der kommenden Ausschüsse zeigen. Zumindest 16 Stadträte haben sich schon jetzt auf die Seite der Initiative gestellt, um ein „klares Zeichen des Respekts für die Opfer des Nationalsozialismus und ebenso gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit“ zu setzen.